Erscheint täglich
früh 6½ Uhr.

Redaction und Expedition
Johannesgasse 8.
Sprechstunden der Redaction:
Vormittags 10—12 Uhr.
Nachmittags 5—6 Uhr.
Für die Rückgabe eingesandter Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr.
In den Filialen für Inf.-Annahme:
Otto Klemm, Universitätsstraße 1.
Louis Lösche,
Katharinenstr. 29 part. u. Königsplatz 7,
nur bis ½3 Uhr.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Abonnementspreis
vierteljährlich 4½ Mk.
incl. Bringerlohn 5 Mk., durch die Post bezogen 6 Mk. Jede einzelne Nummer 30 Pf
Belegexemplar 10 Pf.
Gebühren für Extrabeilagen
(in Tageblatt-Format gefalzt)
ohne Postbeförderung 60 Mk.
mit Postbeförderung 70 Mk.

Inserate 6gespaltene Petitzeile 20 Pf.
Größere Schriften laut unl. Preisverzeichniß.
Tabellarischer u. Ziffernsatz nach höherem Tarif.

Reclamen
unter dem Redactionsstrich die 4gespalt. Zeile 50 Pf., vor den Familiennachrichten die 6gespaltene Zeile 40 Pf.
Inserate sind stets an die Expedition zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben.
Zahlung praenumerando oder durch Postnachnahme.

№ 98. Sonnabend den 7. April 1888. 82. Jahrgang.

Zur gefälligen Beachtung.

Unsere Expedition ist morgen

Sonntag, den 8. April,

Vormittags nur bis ½9 Uhr

geöffnet.

Expedition des Leipziger Tageblattes.

Amtlicher Theil.

Bekanntmachung.

Die Lieferung und das Verlegen von Granitplatten und dergl. Schwellen auf den Fußwegen an der IX. Bezirksschule, in der Sedan-, Elisäer- und Wettiner Straße soll an einen Unternehmer in Accord verdungen werden.

Die Bedingungen und die Zeichnung für diese Arbeiten liegen in unserer Tiefbau-Verwaltung, Rathhaus, 2. Etage, Zimmer Nr. 14, aus und können daselbst eingesehen, resp. gegen Entrichtung der Gebühren entnommen werden.

Bezügliche Offerten sind versiegelt und mit der Aufschrift

„Fußwegherstellung an der IX. Bezirksschule"

versehen ebendaselbst und zwar bis zum 21. April d. J., Nachmittags 5 Uhr, einzureichen.

Der Rath behält sich das Recht vor, sämmtliche Angebote abzulehnen.

Leipzig, den 29. März 1888.

Des Raths der Stadt Leipzig
Ib. 1201. **Straßenbau-Deputation.**

Bekanntmachung.

Die Ausführung von **Trottoirarbeiten** an der Buchhändlerbörse und in der Platostraße soll an einen Unternehmer in Accord verdungen werden.

Die Bedingungen und Zeichnungen für diese Arbeiten liegen in unserer Tiefbau-Verwaltung, Rathhaus, 2. Etage, Zimmer Nr. 14, aus und können daselbst eingesehen, resp. gegen Entrichtung der Gebühren entnommen werden.

Bezügliche Offerten sind versiegelt und mit der Aufschrift

„Trottoirarbeiten an der Buchhändlerbörse und in der Platostraße"

versehen ebendaselbst und zwar bis zum 17. dieses Monats Nachmittags 5 Uhr einzureichen.

Der Rath behält sich das Recht vor, sämmtliche Angebote abzulehnen.

Leipzig, den 3. April 1888.

Des Raths der Stadt Leipzig
Ib. 1133. **Straßenbaudeputation.**

Gefunden

oder als herrenlos angemeldet resp. abgegeben wurden vom 1. Januar bis 31. März 1888 folgende, zum Theil auch von Dieben aus früherer Zeit herrührende Gegenstände:

ein Orden der Ehrenlegion, div. goldene Ringe, darunter ein Trauring, einige Halsketten, Medaillons, Ohrringe, Broschen und Berloques, eine Anzahl Armbänder, 2 silberne Taschenuhren, 2 Schips- resp. Tischuhren, sowie ein Theil einer solchen mit Diamanten besetzt, einige Klemmer und Brillen, unter letzteren 2 goldene, ein Opernglas, eine Talmi-Uhrkette, ein runder Elfenbein-Schirmgriff, ein goldenes Gebiß mit 3 Zähnen, eine Schneider-Scheere, mehrere Cigarren- und 2 Opernglas-Etuis, eine werthvolle Meerschaumcigarrenspitze, eine Cabinets-Photographie, ein Pferdebahn-Abonnementsbuch der Linie Plagwitz-Leipzig, ein Kindergeschichtsbuch, ein Pocket Bücher, zum größten Theil Biographien deutscher Helden, 4 Bände „Gartenlaube", 2 Messer, eine Brodspindel, ein Satz Metallstempeln, div. Peitschen und Stöcke, eine Anzahl Mützen, ein Filzhut, ein Damenhut, eine Pelzmütze, 3 Paar verschiedene Handschuhe und ein einzelner gestrickter, 3 Kopf-Shawls, ein Hals-, ein Kopf- und ein Taillentuch, eine Atlas-Cravatte, 4 Frauenschürzen, 5 Barchenthemden und eine blaue Schürze, ein Paar Hosen, 2 Reisedecken, ein Oberhemd, 2 Stehkragen und ein dunkles Taschentuch; 2 Handtücher, mehrere Bettüberzüge, eine Tischdecke, eine lederne Hutschachtel, ein Stück Gurtband, ein Bruchband, ein Handkoffer, eine alte Reisetasche mit einem Rock, einem Krankenconvolut, auf „Emil Geisel" lautend, sowie anderem div. Inhalt, eine Peitsche, mehrere Pferdedecken, eine Messing-Wagenlaterne, ein Schlittschuh, 5 Stücke Rundstahl, ein langer Eisenstab, 2 verschiedene Gasröhren, eine Drehscheibe; ein Senkbeutel, Hammer, Zirkelmessen, Hobel und Stemmeisel; eine Spritzkanne, ein Sack mit Werg, 2 Riegel Seife, 3 Säcke und ein Holzmaß, ein Kinder- und ein Kastenschlitten, ein Kinderwagen und das Gestell eines solchen, ein 2räderiger Handwagen, ein Korb mit Briquettes, 3 Weidenkörbe, ein Latrinensatz, 5 Staffeleien, ein Wiener Notenpult, einige Spazierstöcke und mehrere Schirme, mehrere Reichsbanknoten, für 3 ℳ 75 ₰ Briefmarken, eine Anzahl Portemonnaies mit Beträgen bis zu 12 ℳ und mehrere Bonbeträge bis zu 10 ℳ, sowie ein 20-Francs-Stück und endlich 3 Coupons zu Obligationen einer französischen Bahn.

Die unbekannten Eigenthümer dieser Gegenstände werden hierdurch aufgefordert, sich zur Empfangnahme derselben in unserem Commissariat rechtzeitig zu melden, andernfalls darüber nach §. 239 des Bürgerlichen Gesetzbuchs anderweit verfügt werden wird.

Gleichzeitig fordern wir auch Diejenigen, welche im I. Quartale 1887 Fundsachen bei uns abgegeben haben, deren Eigenthümer nicht zu ermitteln gewesen sind, auf, diese Gegenstände zurückzufordern, andernfalls auch hierüber den Rechten gemäß verfügt werden wird.

Leipzig, am 4. April 1888.

Das Polizei-Amt der Stadt Leipzig.
Breschneider. M.

Bekanntmachung.

Dienstag, am 10. April c., Vormittags 10 Uhr findet in der Aula der **Realschule** hier die feierliche Einweisung des Herrn Realschuldirectors Dr. Gelbe statt.

Freunde und Gönner der Anstalt werden hierzu ergebenst eingeladen.

Reudnitz, am 6. April 1888.

Die Realschul-Commission.
Gröbel. Bich.

Schweinemarkt Liebertwolkwitz

Mittwoch, den 11. April 1888.

Abgaben werden nicht erhoben.

Der Gemeinderath daselbst.
Duck

Feldverpachtung.

Zur Verpachtung folgender der Stadtgemeinde Leipzig gehörigen Feldstücken

in der Flur Lindenau

1) Parcelle Nr. 707a des Flurbuchs am sog. **Rodeland** von 25,8 a — 140 □R Flächengehalt und

in der Flur Probstheida

2) 73,0 a — 1 Acker 96 □R in der neuen städtischen Sandgrube auf Parcelle Nr. 202 des Flurbuchs

auf die **sechs Jahre 1888** bis mit **1893**,

in der Flur Connewitz

3) Parcelle Nr. 456 des Flurbuchs an der Kaiserin **Augusta**-Straße östlich der Südstraße von 12 ha 47,7 a — 22 Acker 164 □R Flächengehalt

auf die **neun Jahre 1889** bis mit **1897**

zum Feldbau mit Ausschluß jeder anderen Benutzungsweise beraumen wir auf

Freitag, den 13. dies. Mon., Vormittags 11 Uhr

Rathhaus, I. Etage, Zimmer Nr. 16, einen Versteigerungstermin an.

Die Versteigerungs- und Verpachtungsbedingungen nebst den betr. Lageplänen liegen in der Expedition unserer Oekonomie-Inspection, Johannisplatz Nr. 9, zur Einsichtnahme aus.

Leipzig, den 4. April 1888.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Ib. 632. Dr. Tröndlin. Cerutti.

Städtische Realschule.

Montag, den 9. April, früh 8 Uhr, **Aufnahmeprüfung** für Nachzuprüfende und nachträglich Angemeldete. **Dienstag**, den 10. April, früh 8 Uhr, **Aufnahmefeierlichkeit und Einführung** aller Schüler in ihre Classen.

Dr. F. Pfalz.

Städtische Fortbildungsschule für Mädchen.

Die **Aufnahme** der neu angemeldeten Schülerinnen erfolgt Montag, den 9. April, früh 9 Uhr im Parterresaale der Schule (Thomaskirchhof 24). Der Unterricht beginnt Dienstag, den 10. April, früh 8 Uhr.

Leipzig, den 5. April 1888. Dir. C. Reimer.

Nichtamtlicher Theil.

Ein Entlassungsgesuch des Reichskanzlers?

Der „Kölnischen Zeitung" wird aus Wien unter dem 4. April gemeldet: „In gewöhnlich gut unterrichteten Kreisen erhält sich seit heute Mittag das Gerücht, daß Fürst Bismarck sein Entlassungsgesuch einzureichen im Begriff stehe. Als Grund seien Gesundheitsrücksichten angegeben, doch gilt es für wahrscheinlich, daß ein geheimer Conflict vorliege." Nach Allem, was seit dem Tode Kaiser Wilhelm's geschehen ist, kann diese Meldung auf Glaubwürdigkeit oder auch nur Wahrscheinlichkeit keinen Anspruch erheben. Die Form, in welcher Fürst Bismarck das erschütternde Ereigniß im Reichstage mittheilte, die Betonung der Pflichttreue des dahingeschiedenen Kaisers als eines theuren Vermächtnisses und besonders die Schlußworte: „Das hoffe ich zu Gott, daß dieses Erbtheil von uns allen, die wir an den Geschäften des Vaterlandes mitzuwirken haben, in Hingebung, Arbeitsamkeit und Pflichttreue treu bewahrt werden wird" — lassen keine andere Auffassung zu, als daß der Reichskanzler fest entschlossen war, dem Vaterlande den Rest seines Lebens in selbstloser Hingebung zu weihen. Als dann Kaiser Friedrich nach der Heimath zurückkehrte und in Leipzig die Begegnung mit dem Kanzler stattfand, konnte es keinem Zweifel unterliegen, daß Fürst Bismarck die Regierungsgeschäfte unverdrossen weiter führen und dem Sohne seine werthvollen Dienste ebenso zur Verfügung stellen würde wie dem kaiserlichen Vater. Dann erschien der Erlaß, der den Regierungsantritt des Kaisers Friedrich verkündete und das Schreiben an das preußische Staatsministerium, welches die Regierungsgrundsätze des Kaisers darlegte. Es ging aus der ganzen Sachlage, aus allen begleitenden Umständen und aus den nachfolgenden Thatsachen hervor, daß auch bezüglich dieses wichtigen Actenstückes volles Einverständniß zwischen dem Kaiser und dem Kanzler herrsche. Um so sensationeller erschien dieses Einverständniß, als die an der Spitze der Verwaltung stehenden Personen im Reich und in Preußen sämmtlich auf ihren Posten verblieben und so auch äußerlich die Regierung des Kaisers Friedrich sich als die Fortsetzung der bestehenden Verhältnisse nach allen Richtungen hin darstellte. Alle von Reichstag und Bundesrath vereinbarten Gesetzentwürfe erhielten die Bestätigung des Kaisers, Fürst Bismarck hielt regelmäßig Vorträge beim Kaiser, und mehr als einmal wurde die volle Uebereinstimmung des Kaisers mit den vom Kanzler getroffenen Maßnahmen öffentlich bekundet. Es folgte der Gnadenerlaß und der Dank des Kaisers für die Beileidskundgebungen beim Tode Kaiser Wilhelm's auf dem ganzen Erdenrund. Auch darin kehrte die Versicherung Kaiser Friedrich's wieder, daß er nach dem Vorbilde seines unvergeßlichen Vaters an der Wohlfahrt des deutschen Volkes fortarbeiten werde. Als letzte und vielleicht bedeutungsvollste Kundgebung für die Sicherheit des ferneren Verbleibens des Reichskanzlers an der Spitze der Regierung des Reiches und Preußens mußte der Trinkspruch angesehen werden, den Kronprinz Wilhelm am Geburtstage des Fürsten Bismarck auf diesen ausbrachte:

„Euere Durchlaucht! Unter den 40 Jahren, welche Sie soeben erwähnten, ist wohl keines so ernst und schwerwiegend gewesen, als das jetzige: der Kaiser Wilhelm ist heimgegangen, dem Sie 27 Jahre lang treu gedient! Mit Begeisterung jubelt das Volk unserem jetzigen hohen Herrn zu, der Mitbegründer der Größe des jetzigen Vaterlandes ist. Ew. Durchlaucht werden Ihm wie wir Alle mit derselben altdeutschen Mannestreue dienen, wie dem Dahingeschiedenen. Um mich eines militairischen Bildes zu bedienen, so sehe ich unsere jetzige Lage an, wie ein Regiment, das zum Sturm schreitet. Der Regimentscommandeur ist gefallen, der Nächste im Commando reitet, obwohl schwer getroffen, noch kühn voran. Da richten sich die Blicke auf die Fahne, die der Träger hoch emporschwenkt. So halten Ew. Durchlaucht das Reichsbanner empor. Möge es, das ist unser innigster Herzenswunsch, Ihnen noch lange vergönnt sein, in Gemeinschaft mit unserem geliebten und verehrten Kaiser das Reichsbanner hochzuhalten. Gott segne und schütze Denselben und Ew. Durchlaucht!"

So spricht der Thronerbe nicht in einem Augenblick, da der Rücktritt des Trägers der Fahne bevorsteht, im Gegentheil drückt sich in seinen Worten die Hoffnung aus, daß der bewährte Führer im Kampfe gegen die Widersacher des Reiches und mit den Schwierigkeiten im Innern auch in Zukunft auf dem ihm angewiesenen Posten ausharren wird nach dem leuchtenden Vorbilde, das Kaiser Wilhelm seinem Kanzler gegeben hat, bis an die Grenze, welche ihm die Natur ziehen wird. Die Sorge für eine geschwächte Gesundheit kann in einem Staatswesen nicht als stichhaltiger Grund gelten für den Rücktritt des leitenden Staatsmannes ins Privatleben, in welchem ein 91jähriger Kaiser noch die letzten Lebensäußerungen dem Wohle des ihm anvertrauten Staates gewidmet hat und in welchem sein schwer kranker Sohn aus dem milden Klima der Riviera in die kalte Heimath zurückkehrt, um die Pflichten seines fürstlichen Berufes zu erfüllen.

Mit Rücktrittsgedanken konnte sich der Kanzler noch im Jahre 1875 tragen, als er bei seinen Bemühungen, dem deutschen Reiche die nöthige Festigkeit zu verleihen, auf harten Widerstand stieß, als der Culturkampf in voller Heftigkeit entbrannte und als der Proceß gegen den Grafen Harry Arnim schwebte. Damals war dem Kanzler seine amtliche Stellung verleidet, und es bedurfte des historischen „Niemals", welches Kaiser Wilhelm an den Rand seines Abschiedsgesuchs schrieb, um den todtmüden Kanzler zum Ausharren zu vermögen. Heute liegen die Verhältnisse ganz anders, heute ist Fürst Bismarck mit der Hohenzollernschen Dynastie so vollkommen verwachsen, daß diese so wenig auf seine Dienste Verzicht leisten kann, als er selbst in der Lage ist, sich ins Privatleben zurückzuziehen. Der Standpunct des Staatsbeamten, welcher sich in dem Wunsche aussprach, nach zehnjähriger Thätigkeit als Gesandter und nach einer gleichen Amtsdauer als Minister Landwirthschaft zu treiben, setzt voraus, daß die Person des Staatsmannes Nebensache ist und daß sie jederzeit ersetzt werden kann. Dieser Standpunct ist heute nicht mehr haltbar. Die Politik des Reichskanzlers hat auf allen Gebieten nach außen hin, wie im Innern den Sieg davongetragen. Die Untrennbarkeit der leitenden Gesichtspuncte in dem Verhältniß des deutschen Reichs zu den auswärtigen Mächten von der Kirchen-, Steuer- und Socialpolitik ist seit zehn Jahren so evident, daß von einem Rückzug des Kanzlers auf sein Altentheil, die auswärtige Politik nur noch dem Namen, aber nicht der Sache nach die Rede sein kann.

Daß jede Lücke, die der Tod oder der Rücktritt einer Person aus ihrer bisherigen Wirksamkeit reißt, ausgefüllt werden kann und muß, ist zweifellos, aber Niemand wird behaupten, daß Bismarck einen entsprechenden Ersatz finden könnte; an einem Nachfolger wird es nicht fehlen, wenn der Tag des Scheidens gekommen ist, aber daß er dem Vorgänger durchaus ebenbürtig sein wird, ist nicht zu erwarten. Es scheint uns sehr übel angebracht zu sein, die Frage des Rücktritts des Kanzlers in dem Sinne zu behandeln, daß es wünschenswerth sei, die Unersetzlichkeit des Kanzlers schon bei seinen Lebzeiten zu widerlegen. Wir betrachten es als einen nicht hoch genug zu schätzenden Vorzug, daß wir uns des Besitzes eines so hervorragenden Staatsmannes erfreuen, und wir wollen diesen Vorzug nicht zu Gunsten von Experimenten preisgeben. Die Meinung, daß ja der in den Ruhestand getretene Reichskanzler jeden Augenblick, wenn Gefahr droht, wieder die Zügel der Führung ergreifen kann, ist eine schlechte Erklärung für den Hintergedanken, daß man für erlittene persönliche Kränkungen Vergeltung wünscht. Die Bedeutung des deutschen Reichskanzlers für das deutsche Reich ist zu groß, als daß in Ansehung derselben irgend welche persönliche Empfindungen Berechtigung hätten; wenn es sich um die Wohlfahrt des Ganzen handelt, tritt das persönliche Interesse zurück, und gerade weil die Bedeutung des Kanzlers der Geschichte angehört und nicht an dem Maßstab kleiner persönlicher Verhältnisse gemessen werden kann, deshalb halten wir es für unmöglich, daß er aus irgendwelchen persönlichen Beweggründen zurücktreten könnte. Das deutsche Reich hat ein mobleerworbenes Recht auf die Leitung der deutschen Angelegenheiten durch den Fürsten Bismarck unter den vom Kaiser Wilhelm und seinem Nachfolger gebilligten Bedingungen und nach den bewährten Grundsätzen, die Pflichttreue verbietet es dem Fürsten Bismarck, seinen Posten zu verlassen, und deshalb glauben wir zuversichtlich, daß der große Staatsmann dem deutschen Vaterlande bis an sein hoffentlich noch fernes Ende erhalten bleiben wird.

* * *

* Die „Kölnische Zeitung" vom Donnerstag brachte, wie unseren Lesern bekannt ist und vorstehend erörtert wird, aus Wien eine Depesche, derzufolge daselbst das Gerücht ginge, Fürst Bismarck trage sich mit dem Gedanken, seine Demission zu geben. Noch am Tage vorher bemerkte dasselbe Blatt über Deutschlands Stellung zu den Verhältnissen im Auslande:

„Es schien, als habe der Tod des Kaisers Wilhelm in der ganzen Welt so erschütternd gewirkt, daß die Räder der Geschichte eine Zeit lang still zu stehen schienen. Indeß die menschlichen Dinge treiben, wenn auch im Stillen, so doch unaufhaltsam weiter, und so gilt es denn, den Blick auf sie gerichtet zu halten. Die große Sorge des Winters war die Gestaltung der orientalischen Frage, deren Lösung in seinem Sinne Rußland für dieses Frühjahr anzustreben schien, zu welchem Zweck es sich an seinen westlichen und südwestlichen Grenzen militairisch bereit gemacht hat. Wird nun — so lautet die Frage — Rußland den Gang der Dinge gewaltsam beschleunigen oder wird es Bulgarien sich selber überlassen? Heute ist es noch ebenso unmöglich, wie vor einem halben Jahre, eine Antwort auf diese Frage zu geben. Fest steht nur das Eine: daß Rußland noch dem Tode des Kaisers Wilhelm derselben Politik gegenüber steht wie zu dessen Lebzeiten. Wenn irgend Jemand sich mit der Hoffnung trug, Kaiser Friedrich werde die deutsche Politik in andere Hände legen als die des Fürsten Bismarck, so muß die Rede, welche der Kronprinz an der Tafel des Reichskanzlers zu dessen Geburtstag hielt, ihm die Enttäuschung gebracht haben. Es braucht kaum gesagt zu werden, daß diese Rede, wie sie ehrender wohl noch keinem Minister gehalten wurde, nur unter Billigung und Vorwissen des Kaisers gehalten werden konnte. So bedeutet sie eine Kundgebung des Vertrauens unseres Kaisers und seines gesammten Hauses in die Staatskunst des Reichskanzlers, wie sie rückhaltloser gar nicht aufgesprochen werden kann. Wie aber die Fahne, die der Reichskanzler seit Jahren hoch hält, den Frieden bedeutet, so vertrauen wir, daß auch die bulgarische Schwierigkeit beseitigt werden wird, ohne daß die Fahne aus der Hand unseres Friedensfürsten in die des Heerführers gegeben zu werden brauche."

Die „Kölnische Zeitung" bemerkt nun selbst zu einer Berliner Correspondenz aus Berlin, vom 4. d. M., zu der von ihr gebrachten Wiener Nachricht über den beabsichtigten Rücktritt des Reichskanzlers:

„In später Abendstunde ist uns von Wien die Nachricht zugegangen, daß man dort in wohlunterrichteten Kreisen darauf vorbereitet sei, den deutschen Reichskanzler ins Privatleben zurücktreten zu sehen. Wie auch diese Meldung zu erklären ist, darüber nicht etwa der Wunsch einer Aenderung unserer auswärtiger Politik, die vielmehr in ihren bewährten Bahnen bleiben soll, der Grund sein, weshalb Fürst Bismarck von der Bühne, die er so lange getragen, befreit sein will, sondern eine tiefgehende Meinungsverschiedenheit in Fragen mehr häuslicher Natur, die an den Grundlagen unserer Politik unmittelbar nichts ändern würden, deren Lösung aber, in einem andern Sinne als dem des Reichskanzlers ausgeführt, diesem in seiner verantwortungsvollen Stellung Schwierigkeiten zu bereiten drohe, denen er in seinem hohen Alter und bei seiner schwankenden Gesundheit sich nicht mehr gewachsen fühle. Wir enthalten uns einstweilen bei dem Ernst der Nachricht jeder näheren Andeutung oder Vermuthung über den Charakter der plötzlich entstandenen Schwierigkeit; wir beschränken uns darauf, zu bemerken, daß die Hoffnung noch nicht geschwunden ist, den Kaiser Friedrich das „Niemals" seines verstorbenen Vaters wiederholen und die Schwierigkeiten ausgleichen zu sehen, die sich zum tiefen Bedauern aller Deutschen — nicht am wenigsten sicher des Kaisers Friedrich selbst — ergeben haben. Die ausgezeichnete Aufmerksamkeit, mit welcher sich die kaiserliche Familie bei der Feier des Geburtstags des Fürsten am verflossenen Sonntag betheiligt hat, beweist, wie hoch der Werth dieses Mannes für Land und Volk auch von dem Kaiser und seinem Hause angesetzt wird. Dem deutschen Volk aber könnten Verhältnisse nun und nimmer völlig lieb werden, welche es des bewährten Reichskanzler gekostet hätten. Hoffen wir, daß sich ein Ausweg auf den Schwierigkeiten finden lassen werde, dem an seiner Stelle Bitterkeit folge und der uns und dem Throne den Reichskanzler erhalte."

Eine Berliner Depesche der „Kölnischen Zeitung" vom darauf folgenden Tage (dem 5. d.) bringt den angeblich beabsichtigten Rücktritt des Reichskanzlers mit einem schon früher erwähnten Heirathsprojecte in Verbindung. Die betreffende Meldung lautet:

„In Berliner diplomatischen Kreisen giebt sich große Aufregung kund. Man spricht in ernster Weise von der Möglichkeit eines baldigen Rücktritts des Fürsten Bismarck und bringt dieselbe in Verbindung mit dem so oft schon aufgetauchten und immer wieder bei Seite geschobenen Plane einer ehelichen Verbindung zwischen dem Prinzen Alexander von Battenberg und der Prinzessin Victoria von Preußen. Man will aus zuverlässiger Quelle erfahren haben, daß der Prinz bereits in nächster Zeit zum Zwecke der Bewerbung hierher zu kommen beabsichtige und daß auch die Königin Victoria von England auf ihrer demnächstigen Rückreise von Florenz über Darmstadt hierher zu reisen gedenke, um die Freiwerberin für den Schwager ihrer Lieblingstochter zu sein. Aus beiden Umständen zieht man hier den Schluß, daß der so oft erörterte Heirathsgedanke einen bedeutenden Schritt vorwärts seiner Erfüllung gegenüber gemacht habe, und man folgert daraus, daß der Reichskanzler einer solchen, seiner bisherigen Politik unbedingt widerstreitenden Entwickelung der Dinge gegenüber genöthigt sein werde, seine Stellung aufzugeben. Der Kreis, in dem diese Gerüchte mit großem Nachdrucke erörtert werden, ist ein so ernster, daß man dieselben nicht ohne Weiteres unberücksichtigt lassen kann. Immerhin möchten wir unsere Ueberzeugung dahin aussprechen, daß alle jene Betrachtungen denn doch in die Zukunft viel zu schwarz sehen. Es ist ja unzweifelhaft richtig, daß die Heirath des Prinzen Alexander von Battenberg mit irgend einer preußischen Prinzessin von einem ganz anderen Standpunct beurtheilt werden muß als eine jede andere fürstliche Heirath. So lange die bulgarische Frage noch nicht gelöst ist, so lange trägt der Prinz Alexander als einen character indelebilis das Stempelzeichen an der Stirn, das ihm die bulgarische Fürstenkrone nun einmal aufgedrückt hat, selbst jetzt noch, wo der Prinz entthront ist. Denn immerhin bleibt er der Mann, auf dessen Rückkehr die Bulgaren rechnen, war er es doch in erster Linie, der die Bulgaren dem russischen Einfluß entzogen und sie damit in den heftigsten Gegensatz zu den russischen Machthabern gebracht hat. Er wird sich also als der schweren moralischen Verpflichtung entziehen können, den Bulgaren als begeisterter Feldherr zu Hilfe zu kommen, falls diese in einem Kriege mit Rußland, die militairische Unfähigkeit des Coburgers erkennend, seine Hilfe in der Noth beanspruchen. Diese moralische Verpflichtung, die dem Prinzen von Battenberg obliegt, verhindert es, daß er, so lange die bulgarische Frage in den Augen aller Großmächte ungelöst bleibt, von einem anderen Gesichtspuncte, als dem politischen, beurtheilt werden kann. Daraus aber ergiebt sich mit Nothwendigkeit, daß eine Verbindung mit einer deutschen Kaisertochter einfach ein Ding der Unmöglichkeit ist. Die deutsche Politik wurzelt in erster Linie in dem Bestreben, Alles zu verhindern, was auch nur den geringsten Anlaß bieten könnte, Argwohn gegen seine Haltung zu erwecken. Deutschland muß der bulgarischen Frage gegenüber, wie der Fürst Bismarck im deutschen Reichstag so klar und überzeugend ausgeführt hat, solange es sich lediglich um Bulgarien handelt, vollständig interesselos dastehen. Diese Interesselosigkeit allein bietet der deutschen Regierung die Handhabe, in gleichem Maße das volle Vertrauen der beiden in der bulgarischen Frage einander am meisten gegenüberstehenden Regierungen zu erhalten. Nur dies allseitige Vertrauen allein kann es ermöglichen, daß Deutschland nach beiden Seiten seine guten und ehrlichen Dienste zur dauernden Wahrung des europäischen Friedens in einer so verwickelten Frage mit Aussicht auf Erfolg anbieten kann. Dieses Vertrauen würde selbstverständlich mit einem Schlage für lange Jahre hinaus zerstört werden, wenn der vom Hofe am meisten gehörte persönliche Gegner der Schwiegersohn des deutschen Kaisers würde. Die Einbuße an moralischem Einfluß, die der deutschen Regierung daraus erwachsen muß, liegt auf der Hand. Jeder Deutsche, der sein Vaterland liebt, hat sich längst von der Nothwendigkeit dieser Beweisführung überzeugen müssen. Auch Prinz Alexander von Battenberg ist ein Deutscher und kann als deutscher Patriot keinen Schritt thun, der ihm persönlich vielleicht zur Auszeichnung, dem deutschen Vaterlande am wenigsten aber zum Vortheil gereichen würde. Wir sind in früheren Jahren wiederholt wegen unserer „Battenbergerei" aufs Schärfste angegriffen und verurtheilt worden; um so mehr können wir heute betonen, daß wir die Vaterlandsliebe und den klugen Verstand des Prinzen so hoch schätzen, daß wir keinen Augenblick daran glauben können, daß er im Ernste eine Bewerbung versuchen wird, die, wenn sie erfolgreich wäre, nothwendig das deutsche Volk um den deutschen Reichskanzler bringen würde."

Was nun die vorstehend erwähnte Reise der Königin von England anbetrifft, so bemerkt dasselbe Blatt: „Wie englische Blätter meldeten, beabsichtigte die Königin Victoria von England, die mit ihrer Tochter Beatrice und deren Gemahl in Florenz weilt, ihre Rückreise aus Italien nicht über Frankreich zu nehmen, sondern vor ihrer Rückkehr nach England zunächst dem deutschen Kaiserpaare in Berlin einen Besuch abzustatten. Ob diese Absicht beibehalten wurde und ausgeführt wird, steht einstweilen noch nicht fest. Ein Florentiner Berichterstatter der „Times" schreibt in diesem Betreff vom 3. d.: „Königin Victoria wird bis Montag, den 16. April, hier bleiben und dann entweder über den St. Gotthard und Deutschland oder, wie bei der Hereise, über den Mont Cenis heimkehren. Ein bestimmter Entschluß scheint noch nicht gefaßt zu sein."

Nach einer Depesche der „Frankfurter Zeitung" aus Wien vom 5. d. M. ist in dortigen maßgebenden Kreisen von den Gerüchten über die Demissionsabsichten Bismarck's nicht das Geringste bekannt. — Die „Magdeburgische Zeitung" läßt sich in Uebereinstimmung damit aus Berlin vom 5. d. M. melden: „Die Depesche der Wiener „Deutschen